



PRESSEMITTEILUNG

27. Oktober 2023

MEDIENTAGE MÜNCHEN 2023 vom 25. bis 27. Oktober

Was nun, Herr Himmler? Das ZDF zwischen Sparzwang und Digital-Ausbau

Sparen und mehr Menschen erreichen

München – Der öffentlich-rechtliche Rundfunk steht vor einem Strukturwandel. Wie dieser vom ZDF durchgeführt werden kann und welche Pläne die öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt bezüglich der digitalen Transformation hat, um jüngere Zielgruppen zu erreichen, darüber hat ZDF-Intendant Dr. Norbert Himmler, befragt von Torsten Zarges, im Rahmen der MEDIENTAGE MÜNCHEN berichtet. Staats- sowie politikfern zu bleiben und trotz erhöhter Kosten – verursacht unter anderem durch inflationsbedingte Preissteigerungen – alle soziodemografischen Gruppen mit bedarfsgerechten Programminhalten zu erreichen, bezeichnete Himmler als die wichtigsten Aufgaben bis Ende des Jahres 2026.

Das Fernsehprogramm des ZDF erreiche 85 Prozent der Fernsehhaushalte. Nun gehe es darum, die fehlenden 15 Prozent ebenfalls mit Programminhalten zu erreichen. Man wolle ein „ZDF für alle, das offen ist für alles“, schaffen, erklärte Himmler. Um das Stammpublikum nicht zu verlieren und neue Zielgruppen dazuzugewinnen, sei es notwendig, die Programmqualität sowie die erzählerische Qualität hochzuhalten und ein Gefühl für das Publikum zu haben. „Das kann man nicht berechnen“, sagte Himmler. In der klassischen „älteren“ Zielgruppe, die lineares Fernsehen bevorzuge, sei das ZDF Marktführer.

Um jüngere Zielgruppen zu erreichen, müssten Sendungen im Hauptprogramm abgeschafft werden, ohne das Stammpublikum zu verlieren, beschrieb Himmler eine der zurzeit größten Herausforderungen des ZDF. Satire und Investigation seien die DNA des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, mit denen sein Sender auch ein „jüngeres“ Publikum erreichen solle. Zusätzlich müsse das ZDF weg vom linearen Programm in andere Verbreitungswege investieren, führte er weiter aus. In Bezug auf die Finanzierung der Änderung und Anpassung der Programminhalte habe er eine Umschichtung des Programmbudgets vorgenommen und dafür hundert Millionen Euro bereitgestellt. Ende des Jahres 2024 sei Halbzeit, und es werde zunächst bilanziert, ob die Veränderungen des Programms zielführend gewesen seien.

Bei der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) habe er für das ZDF einen erhöhten Finanzbedarf angemeldet, der zugleich deutlich unter der aktuellen Inflationsrate liege, teilte Himmler mit. „Der Rundfunkbeitrag hat nicht die Ehrlichkeit, die Marktentwicklung und Preissteigerung mit sich bringt“, sagte der ZDF-Intendant. Sein Sender habe bereits die Einbußen durch die Corona-Pandemie, die technische Umgestaltung im Zuge der Digitalisierung und die Preissteigerungen durch die Inflation mit dem aktuellen Rundfunkbeitrag finanzieren müssen. „Wir sparen längst, um die Anforderungen der Zukunft leisten zu können“, betonte Himmler. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk schrumpfe, befinde sich in einem „Minuswachstum“. Diese Schrumpfung führe zu einer Reduzierung von Auftragsvergaben und damit zu einer Verringerung des Sendevolumens.

Die Rundfunkanstalten melden alle vier Jahre ihren Finanzbedarf der KEF und er hoffe, sagte Himmler, auf ein faires, unabhängiges KEF-Verfahren in Bezug auf die Überprüfung der Höhe des künftigen Rundfunkbeitrages. „Die KEF ist unabhängig und muss das Verfahren transparent und nachvollziehbar gestalten“, betonte der ZDF-Intendant. In der zweiten Stufe des Verfahrens beraten und entscheiden dann auf Grundlage des KEF-Berichts die Länder über die Höhe des Rundfunkbeitrags ab 2025. Himmler hob hervor, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk staats- und politikfern sein und bleiben müsse. „Die Umsetzung von Sendehalten und deren Finanzierung muss unabhängig von der jeweiligen Regierung bleiben“, unterstrich Himmler. Landesparlamente könnten zu den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nicht sagen: „Wenn ihr das so und so macht, dann bekommt ihr das Geld“, verwies der Intendant auf das Gebot der Staatsferne. Darin unterscheidet sich Deutschland von anderen Ländern der Europäischen Union. So sei zum Beispiel in Frankreich die Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks von der Regierung nicht mehr gewährleistet.

Weitere Informationen erhalten Sie unter www.medientage.de.